

Beschlussempfehlung und Bericht **des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Schattner, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5363 –

Neue Indikatoren des Jahreswirtschaftsberichtes

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, künftig auf die Ausweisung von 32 sozial- und umweltpolitischen Indikatoren im Jahreswirtschaftsbericht zu verzichten. Die wirtschaftliche Situation Deutschlands und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung müsse klar dargestellt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5363 abzulehnen.

Berlin, den 21. Februar 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Dr. Klaus Wiener
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Dr. Klaus Wiener

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/5363** wurde in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Januar 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD stellt fest, dass die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 2022 (Drucksache 20/520) 32 neue sozial- und umweltpolitische Indikatoren für die Messung des Wohlstands in Deutschland verwendete. Dies führe nach Auffassung der Fraktion der AfD sowohl zu einer Abkehr vom Bruttoinlandsprodukt als wichtigsten wirtschaftlichen Indikator als auch zu Zielkonflikten aufgrund der Komplexität der neu eingeführten Indikatoren. Die wirtschaftliche Situation Deutschlands und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung seien klar im Jahreswirtschaftsbericht darzustellen.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf, künftig auf die Ausweisung der 32 sozial- und umweltpolitischen Indikatoren im Jahreswirtschaftsbericht zu verzichten. Bei Bedarf könne die Bundesregierung einen eigenen Bericht mit den Indikatoren erstellen. Dafür müsse aber als Voraussetzung ein Modell verwendet werden, das die Wechselwirkungen aller Indikatoren berücksichtige und Zielkonflikte vermeide, um Fehlinterpretationen zum Nachteil der Wohlfahrtsmessung zu verhindern.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/5363 in seiner 70. Sitzung am 21. Februar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/5363 in seiner 68. Sitzung am 21. Februar 2024 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5363.

Berlin, den 21. Februar 2024

Dr. Klaus Wiener
Berichterstatter

